

Antrag der Fraktion der CDU**Sanierungsstau auf Bremens Straßen gezielt abbauen**

Als moderne Wohn- und Industriestandorte mit vielfältigen touristischen Attraktionen und Einkaufsmöglichkeiten, ist eine intakte Infrastruktur für Bremen und Bremerhaven essenziell. Bereits 2013 hat der Rechnungshof in seinem Jahresbericht auf den Sanierungsstau in Höhe von 240 Millionen Euro aufmerksam gemacht. Das zeigt sich an Brücken, Straßen, Fuß- und Radwegen in allen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven. Der Senat bestätigt in der Antwort auf Frage zwei der Kleinen Anfrage der CDU (Drs. 19/1698), dass sich diverse Rad- und Gehwege sowie Straßen in einem Zustand befinden, die in absehbarer Zeit eine Instandsetzung beziehungsweise Erneuerung erforderlich machen. Gleichzeitig wird aber weder der Instandsetzungs- noch der Erneuerungsbedarf für einzelne Straßen erfasst beziehungsweise in einer Prioritätenliste geführt. Genau diesem Umstand ist es geschuldet, dass es auf der Hafенrandstraße beinahe zu temporeduzierenden Maßnahmen gekommen wäre. Und das nur, weil der Senat keinen Überblick darüber hat, welche Straßen, Fuß- und Radwege dringlich saniert werden müssen. So konnten die für die Sanierung der Hafенrandstraße notwendigen Mittel nicht vorab im Doppelhaushalt 2018/2019 mit eingerechnet werden, sondern mussten im Nachhinein innerhalb des Ressorts umgeschichtet werden. Der Senat räumt in Antwort auf Frage vier ein, dass derzeit nicht abgeschätzt werden kann, inwieweit es zukünftig zu temporeduzierenden Maßnahmen kommen kann. Eine Prioritätenliste würde Abhilfe schaffen und sollte die Straßen aufführen, wo genau solche Maßnahmen drohen, um nicht nur einen besseren Überblick über die dringlichen Sanierungsbedarfe zu erhalten, sondern die tatsächlichen finanziellen Bedarfe bei Haushaltsaufstellungen zu berücksichtigen.

Antwort fünf der Anfrage macht auch deutlich, dass der Senat dem Sanierungsstau entsprechend nicht die richtigen Prioritäten setzt. So haben sich die Mittel für die Erneuerung und den Ausbau von Radwegen zwischen 2010 und 2016 mehr als verdreifacht, wohingegen sich die Mittel für den Straßenerhalt und den Straßenbahnausbau im gleichen Zeitraum nur um 15 Prozent erhöht haben. Dieses Verhältnis zeigt, dass der Senat die Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausspielt, anstatt sich für eine gleichberechtigte und moderne Verkehrspolitik einzusetzen, die eine zukunftssichere Gestaltung der Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer bedeutet.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2018 ein Konzept vorzulegen, das umfassende Kriterien enthält, um eine Prioritätenliste für zu sanierende Straßen, Geh- und Radwege zu erstellen. Aus dieser Liste soll auch ersichtlich sein, welche Sanierungskosten anfallen und wann der geplante Sanierungszeitraum ist.

Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU